



Einordnung der energiepolitischen Ziele der Parteien auf Grundlage der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 – mit jeweiliger GIH-Bewertung

Grundsätzliche Positionen der Parteien

- Die **CDU** bekennt sich zum Pariser 1,5-Grad-Klimaziel, jedoch nicht zum „Fit for 55-Paket der EU“ (Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent).

Die CDU plant, die Stromsteuer und Netzentgelte zu senken. Sie möchte Netze, Speicher und erneuerbare Energien ausbauen, wobei der Fokus auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit liegt.

Zudem sollen Optionen für Kernenergie erhalten, Forschung an neuen Technologien vorangetrieben und die Reaktivierung stillgelegter Kraftwerke geprüft werden.

Technologieoffene Wärmelösungen sollen gefördert werden. Der Emissionshandel wird als zentrales Instrument für einen effizienten Klimaschutz betrachtet.

- Die **FDP** setzt auf Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft. Sie fokussiert sich auf den EU-Emissionshandel als zentrales Instrument und strebt die Abschaffung nationaler Sonderziele an.

Zudem sieht das Konzept ein Ende der Förderung erneuerbarer Energien sowie die Abschaffung von Regulierungen zur Energieeffizienz und Gebäudevorgaben vor und setzt auf Technologieoffenheit und Wettbewerb.

Sie fordert die Auflösung des Umweltbundesamtes und die Abschaffung weiterer Klimaverordnungen.

- Die **Grünen** verfolgen das im Klimaschutzgesetz beschlossene Ziel, bis 2045 Klimaneutralität in Deutschland zu erreichen. Sie unterstützen den European Green Deal und die Umsetzung des „Fit for 55“-Pakets der EU. Bis 2040 soll eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 90 % im Vergleich zu 1990 erreicht werden.
- Die **SPD** bekennt sich klar zu den Klimazielen für Deutschland und die EU. Sie strebt ebenfalls die Klimaneutralität bis 2045 an und setzt sich für eine umfassende Transformation ein, um die Klimaziele zu erreichen.
- Das **BSW** legt den Fokus auf Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Eine langfristige nachhaltige Energieversorgung soll sichergestellt werden.



- Die **AfD** lehnt Klimaschutzmaßnahmen ab, sieht den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie als Priorität an und fördert konventionelle Energieträger.
- Die **Linke** fordert den stärksten Klimaschutz und verbindet Klimagerechtigkeit mit sozialer Verantwortung und möchte den ökologischen Umbau unter sozial gerechten Bedingungen fördern. Sie lehnt Belastungen für ärmere Bürger ab.

Förderungen

- Die **CDU** will das EH 55 im Neubau wieder fördern und die Wohnungsbauförderung auf den Geschosswohnungsbau konzentrieren.
- Die **FDP** schlägt degressive Abschreibungen und steuerliche Erleichterungen für Investitionen in Klimaschutztechnologien vor.
- Die **Grünen** setzen auf die Förderung klimafreundlicher Heiztechnologien, Wärmenetze und Solaranlagen.
- Die **SPD** plant die Einrichtung eines „Deutschlandfonds“, um klimafreundliche Investitionen zu fördern.

Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten werden.

Ärmeren Haushalten sollen Heiz-Mietmodelle angeboten werden (soziales Wärmepumpen-Leasing).

- Das **BSW** möchte die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung weiterführen.
- Die **AfD** lehnt eine einseitige Förderung von Wärmepumpen ab.
- Die **Linke** befürwortet flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsfahrplänen.

GIH-Position:

Steuergelder sollten möglichst effizient eingesetzt werden. Bei der Förderung von energetischen Sanierungen wird pro Förder-Euro deutlich mehr CO₂ und Energie eingespart als bei einer EH-55-Förderung von Neubauten. Richtig an der CDU-Forderung ist, dass für neue Geschosswohnungsbauten weitere Anreize, wie z.B. verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (FDP-Forderung) zu schaffen sind. Die von der FDP geforderten steuerlichen Erleichterungen für energetische Sanierungen sind nur dann sinnvoll, wenn diese analog zur BEG qualitätsgeprüft durch Energieberatende geplant und



begleitet werden. Der GIH setzt sich zudem für eine bessere Förderung von Effizienzmaßnahmen in der Gebäudehülle, von ganzheitlichen Sanierungen und für den Ausbau des Programms Energieeffizienz in der Wirtschaft (EEW) ein. Der Förderfokus sollte auf den Worst Performing Buildings, also dem schlechtesten Teil des Gebäudebestands, liegen. Da diese häufig weniger solventen Eigentümerinnen und Eigentümern gehören, hält der GIH hierfür höhere Fördersätze sinnvoll. Die SPD-Forderung nach möglich langfristig geltenden Förderprogrammen, die Vorschläge der Grünen, sowie ein Ausbau von Beratungen und iSFPs (Linke) unterstützt der GIH. Die drastischen Kürzungen der Förderprogramme Energieberatung für Wohngebäude (EBW) und Nichtwohngebäude (EBN) vom August 2024 sind zurückzunehmen. Beratungsleistungen durch Energieeffizienz-Experten sollten zudem zu 50 Prozent direkt von der Einkommensteuer abzugsfähig sein – auch wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen erstmal nicht förderfähig umgesetzt werden.

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

- Die **CDU** will das Gebäudeenergiegesetz auf den Stand 2020 zurückführen und schlägt vor, energetische Sanierungen von der Erbschaftssteuer zu befreien und Regularien zu vereinfachen.
- Die **FDP** fordert die Rücknahme des GEGs und die Senkung der energiebezogenen Belastung durch Regularien.
- Die **Grünen** möchten das GEG beibehalten und Planungssicherheit für Verbraucher gewährleisten.
- Die **SPD** sieht eine Vereinfachung des GEGs vor.
- Das **BSW** plädiert für die Rücknahme des GEGs und setzt auf alternative Ansätze.
- Die **AfD** fordert die Rücknahme der EEG-Umlage und des GEG.
- Die **Linke** kritisiert das GEG, da es soziale Aspekte missachte, und fordert eine Überarbeitung.

GIH-Position:

Die Wahlprogrammaussagen von CDU, FDP, BSW und AfD zur Veränderung des Gebäudeenergiegesetzes könnten in dieser Form teils nicht umgesetzt werden, da viele Regelungen aus der europäischen Gebäuderichtlinie (EPBD) resultieren. Zudem werden im GEG nicht nur die Anforderungen zum Einbau von Heizungen geregelt. Der GIH lehnt ein



komplett neues GEG ab. Die von den Grünen geforderte Planungssicherheit hält der GIH nicht nur in der Beratung, sondern auch für das Handwerk und den Bausektor (Kapazitäten) für essenziell wichtig. Die nötige Weiterentwicklung des Gebäudeenergiegesetzes sollte erst 2026 im Rahmen der gesetzlichen europäischen Vorgaben erfolgen – und zwar unter früher Einbindung von Fachleuten aus der Praxis.

CO2-Handel, Einnahmen und Verwendung

- Die **CDU** setzt auf den CO2-Zertifikatehandel als zentrales Instrument, gekoppelt mit Innovationen.
- Die **FDP** betrachtet den CO2-Zertifikatehandel als zentralen Ansatz zur Reduktion von Emissionen.
- Die **Grünen** möchten Einnahmen aus dem Emissionshandel in Form des „Klimageldes“ an die Bürger zurückgeben.
- Die **SPD** plant eine soziale Abfederung der CO2-Kosten ebenfalls in Form eines Klimageldes.
- Das **BSW** fordert die Abschaffung des CO2-Preises und will den technologischen Wandel durch Anreize fördern.
- Die **AfD** fordert die Rücknahme der CO2-Steuer.
- Die **Linke** lehnt den Emissionshandel für Wärme und Verkehr ab

GIH-Position:

Den von den Parteien der Mitte empfohlenen und europarechtlich beschlossenen CO2-Preis über einen Zertifikathandel zu steuern, hält der GIH für eine wichtige Lenkungsrolle zum Ausbau von erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeffizienz in der Zukunft. Zur Planungssicherheit sollten rechtliche Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden, um möglichst konkrete CO2-Kosten pro Tonne bis 2030 festzulegen. Parallel müssen die Förderprogramme wie BEG, EEW etc. mit mindestens dem gleichen Budget wie derzeit weitergeführt werden. Hierfür sollten die CO2-Preis-Einnahmen verwendet werden. Die Bundesregierung muss klar kommunizieren, dass der CO2-Preis in Zukunft deutlich steigen wird und somit neue Öl- und Gasheizungen höchstwahrscheinlich zu höheren Kosten führen als mit erneuerbaren Energien betriebene Heizsysteme.



Technologien/Innovationen

- Die **CDU** möchte technologieoffene und emissionsarme Wärmelösungen fördern.
- Die **FDP** plant, klimaschonende Energieträger wie grünen Wasserstoff zu fördern.
- Die **Grünen** und die **SPD** haben hierzu keine spezifischen Angaben gemacht.
- Das **BSW** setzt auf Technologieoffenheit und möchte die Geothermie sowie die Wasserstoff-Infrastruktur ausbauen.
- Die **AfD** spricht sich gegen den Einsatz von Wärmepumpen aus wirtschaftlichen Gründen aus.
- Die **Linke** lehnt CCS (Carbon Capture and Storage) als falsche Technologie ab.

GIH-Position:

Der wissenschaftliche Beirat des GIH geht davon aus, dass Wasserstoff im Gebäudesektor keine bzw. eine sehr untergeordnete Rolle spielen wird. Daher kritisiert der GIH die von einigen Parteien und Medien verbreitete Meinung, dass durch Beimischung von grünen Gasen und Ölen in Zukunft auch Gas- und Ölheizungen die GEG-Anforderungen einhalten und somit kostengünstig betrieben werden können. Grundsätzlich setzt sich der GIH für technologieoffene Lösungen ein, um die Gebäude in Zukunft mit erneuerbarer Wärme effizient und bezahlbar zu versorgen.

Sanierung/Neubau

- Die **CDU** schlägt vor, energetische Sanierungen von der Erbschafts- und Schenkungsteuer abzugsfähig zu machen. Sie plant, Baukosten durch ein Moratorium für neue Normen und die Einführung des Gebäudetyps „E“ zu senken. Neubauten sollen auf dem EH-55-Standard verbleiben.
- Die **FDP** möchte Sanierungsgrenzen im Bestand lockern und die Neubau-Mindeststandards auf sinnvolle Regelungen reduzieren. Bürokratieabbau im Baurecht und eine Reduktion von Bauauflagen sollen ebenfalls zur Senkung der Baukosten beitragen.
- Die **Grünen** plädieren dafür, die Taxonomie Konformität sanierter Gebäude einfacher anzuerkennen und finanzielle Hürden zu beseitigen. Bis 2030 planen sie 1,6 Millionen



klimafreundliche Wohnungen. Sie setzen auf modulares und serielles Bauen sowie Bürokratieabbau, um Kosten zu reduzieren.

- Die **SPD** möchte Eigentümer bei der Sanierung von Gebäudebeständen unterstützen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und Baukosten durch Bürokratieabbau gesenkt werden.
- Das **BSW** setzt auf die Förderung von Mischtechnologien anstelle eines ausschließlichen Fokus auf 100 % erneuerbare Energien.
- Die **AfD** fordert weniger Vorgaben im Wohnungsbau, insbesondere eine Lockerung des GEG. Sie spricht sich für einen Bestandsschutz nach dem Baurecht des jeweiligen Erstellungszeitraums aus.

GIH-Position:

Der GIH begrüßt die steuerlichen Vorschläge der CDU für eine erhöhte Attraktivität energetischer Sanierungen. Der GIH setzt sich – wie auch die SPD und die Grünen - für Bürokratieabbau durch rechtliche Erleichterungen im Bauen und Sanieren ein. Dazu gehören z.B. Anforderungen im Schallschutz. Der Energieberatendenverband unterstützt den Gebäudetyp E und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die derzeitigen Anforderungen an die Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien sollen bei Neubauten und Sanierungen beibehalten werden.

Strompreissenkung

- Die **CDU** möchte Verbrauchern durch den Einsatz von Smart Metern mehr Flexibilität bieten. Außerdem soll die Stromsteuer dauerhaft auf das EU-Mindestmaß gesenkt und die Netzentgelte reduziert werden. Die Abgabenlast auf den Strompreis soll um mindestens 5 Cent pro Kilowattstunde sinken.
- Die **FDP** fordert, die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß zu senken und langfristig abzuschaffen. Sie möchte den CO₂-Preis perspektivisch als Ersatz für Strom- und Energiesteuern etablieren.
- Die **Grünen** planen, die Wirtschaft durch eine Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen zu entlasten. Die Entgelte für Übertragungsnetze sollen vom Staat getragen werden.



- Die **SPD** sieht Investitionen in eine sichere und bezahlbare Energieversorgung durch erneuerbare Energien vor. Netzentgelte sollen auf 3 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden. Energieintensive Unternehmen sollen durch reduzierte Netzentgelte und eine Strompreiskompensation unterstützt werden.
- Das **BSW** möchte die Finanzierung der Energienetze durch öffentliche Mittel sicherstellen, um die Netzentgelte auf ein Minimum zu reduzieren.
- Die **AfD** will den weiteren Ausbau der Windenergie verhindern, um die Netzentgelte durch geringere Netzanpassungskosten zu stabilisieren.
- Die **Linke** fordert eine Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestniveau und die Einführung sozialer Preisstaffelungen. Zudem soll der Strommarkt reformiert und Preiskontrollen eingeführt werden. Sie plädiert für sozial gestaffelte Energiepreise mit günstigen Sockeltarifen, die durch einen Energie-Soli für Wohlhabende finanziert werden.

GIH-Position:

Wie auch die meisten Parteien, plädiert der GIH für ein Senkung der Abgaben und Steuern beim Strompreis. Um die Attraktivität von effizienten und mit vorwiegend erneuerbarem Strom betriebenen Heizungen wie Wärmepumpen zu erhöhen, sollte der Strompreis nicht höher als beim Zweieinhalbfachen des Gaspreises liegen. Kommt es doch zu einem schnellen Anstieg des Strompreises, könnten verfügbare CO₂-Einnahmen für eine Senkung nutzen werden. Der GIH unterstützt den Einbau von Smart Meter, dynamische Stromtarife und PV-Anlagen mit Speicher. Nur durch smarte Lösungen und Sektor-Kopplung ist eine effiziente und kostengünstige Bereitstellung von Energie, Energiesicherheit und Netzstabilität möglich.

Quellen:

[Wahlprogramm der CDU/CSU](#)

[Wahlprogramm der SPD](#)

[Wahlprogramm der Grünen](#)

[Wahlprogramm der FDP](#)

[Wahlprogramm des BSW](#)

[Wahlprogramm der Linken](#)

[Wahlprogramm der AfD](#)